

Die tote Monroe-Doktrin

Wie Berlin und Kuba zusammenhängen. Von Theo Sommer¹

Die Monroe-Doktrin ist tot; nichts könnte das deutlicher machen als Kennedys² Kuba-Politik. Wir Europäer aber haben keinen Grund, das Hinscheiden dieser historischen Doktrin nach 139 Jahren unsteter Existenz zu beklagen - im Gegenteil. Seien wir dankbar dafür, daß der US-Präsident ihr

5 letzte Woche, als er sie in einer vorbereiteten Erklärung über Kuba nicht einmal beiläufig erwähnte, ein stilles Begräbnis bereitet hat. Denn erst der Tod der Monroe-Doktrin hat der Alten Welt Europas die Neue Welt der Vereinigten Staaten wieder ganz zurückgegeben. Ihre Preisgabe ist der Beweis dafür, daß Amerika großjährig geworden ist.

Diese Feststellung kann nur jene verblüffen, die dank eines kurzen Geschichts-Gedächtnisses in der

10 Monroe-Doktrin bloß noch ein Instrument sahen, der kommunistischen Unterwanderung zwischen Feuerland und Alaska zu begegnen. Die eine Hälfte der Doktrin ließ sich wohl so auslegen - jene Hälfte nämlich, in der Präsident Monroe³ die Heilige Allianz⁴ davor warnte, ihr politisches System auf irgendeinen Teil der beiden Amerikas auszudehnen, »die hinfort nicht mehr als Gegenstand künftiger Kolonisierung durch irgendwelche europäischen Mächte betrachtet werden dürfen«. Das

15 war im Dezember 1823, und Monroes Warnung richtete sich ebenso gegen die Bestrebungen des »europäischen Konzerts«⁵, Spanien und Portugal wieder in die Herrschaft über Lateinamerika einzusetzen, das eben das koloniale Joch abgeschüttelt hatte, wie gegen das Bemühen des zaristischen Rußlands, im Nordwesten der heutigen USA Fuß zu fassen. Aber dies war nur die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite ist heute, nach zwei Weltkriegen, in denen die Vereinigten Staaten in der Alten Welt eingriffen, und nach dem Beginn des kalten Krieges, der ihrem europäischen Engagement das Siegel der Unwiderruflichkeit aufdrückte, fast in Vergessenheit geraten. Sie bekräftigte den Neutralismus der USA gegenüber Europa, den schon George Washington gepredigt hatte, als er die Amerikaner beschwor, sich aus den Händeln Europas herauszuhalten, und wurde fortan zum geistigen Nährboden jenes eigenbrötlerischen Isolationismus, dem erst Truman⁶ ein Ende setzte. »Unsere Politik gegenüber Europa«, so formulierte James Monroe, »ist es, uns nicht in die inneren Angelegenheiten seiner Mächte einzumischen und die de-facto-Regierungen auch als die legitimen Regierungen zu betrachten ...«

20

25

Das Rad der Geschichte hat sich weitergedreht. Zwar fristet die Monroe-Doktrin im Wahlkampf-

30 Repertoire amerikanischer Politiker noch immer ein ehrwürdiges Dasein, aber geschichtlich ist sie längst überholt. Als 1947 die Truman-Doktrin⁷ verkündet wurde, da wurde zugleich der Isolationismus der USA zu Grabe getragen - die eine Hälfte der Monroe-Doktrin also. Die andere Hälfte, kraft deren die westliche Hemisphäre zum weltpolitischen Naturschutzpark proklamiert wurde, ist ihr jetzt in die Gruft der Historie nachgefolgt.

35 Kennedy hat deutlich gemacht, daß es im Zeitalter der Atomraketen provinzielle Verblendung wäre, wollte Washington den lateinamerikanischen Schauplatz des kalten Krieges aussondern und dort ohne Rücksicht auf die anderen Fronten der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Ost und West vorgehen, wollte es die »Totalität seiner Verpflichtungen« aus dem Auge lassen. Das alte Sprichwort, daß einem das Hemd näher sei als der Rock, hat in der großen Politik der Kabinette

¹ Theo Sommer (Jg. 1930), deutscher Journalist, langjähriger Chefredakteur (bis 1992) und Herausgeber (bis 2004) der Wochenzeitung *Die Zeit*.

² John Fitzgerald Kennedy (1917-1963 [ermordet]), von 1961 bis 1963 der 35. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. In seine Amtszeit während der Hochphase des Kalten Krieges fielen historische Ereignisse wie die Invasion in der Schweinebucht, die Kubakrise, der Bau der Berliner Mauer, der Beginn der bemannten Raumfahrt, die Eskalation des Vietnamkriegs sowie die Zeit des zivilen Ungehorsams der Bürgerrechtsbewegung.

³ James Monroe (1758-1831), von 1817 bis 1825 fünfter Präsident der Vereinigten Staaten. Das bestimmende Thema seiner Amtszeit waren die südamerikanischen Unabhängigkeitskriege, wobei er wie sein gesamtes Kabinett mit der antikolonialen Freiheitsbewegung sympathisierte.

⁴ Die Heilige Allianz war ein Bündnis, das die drei Monarchen Russlands, Österreichs und Preußens nach dem endgültigen Sieg über Napoléon Bonaparte am 26. September 1815 in Paris abschlossen. Frankreich trat der Allianz 1818 bei.

⁵ Konzert (von ital. *concerto* - ‚Übereinkunft‘, ‚Abmachung‘), das: politisches Zusammenwirken.

⁶ Harry S. Truman (1884-1972), von 1945 bis 1953 der 33. Präsident der Vereinigten Staaten. Zuvor war er 1945 kurzzeitig Vizepräsident und vertrat zwischen 1935 und 1945 den Bundesstaat Missouri im US-Senat.

⁷ Am 12. März 1947 gab der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman vor dem US-Kongress eine Erklärung ab, die als sogenannte Truman-Doktrin in die Geschichte einging. Danach sollte es zum außenpolitischen Grundsatz der Vereinigten Staaten von Amerika werden, »freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen«. Ziel der Doktrin war es, die Expansion der Sowjetunion aufzuhalten, und Regierungen im Widerstand gegen den Kommunismus zu unterstützen.

Sinn und Berechtigung verloren. Alle Krisenherde, ob Kuba oder Berlin, ob Formosa⁸ oder Südvietnam⁹, sind heute mit ein und derselben Lunte verbunden. Und so sehr das den hemmungslosen Aktivisten auch mißfallen mag: Heutzutage kann niemand mehr an einem Ende der Welt zündeln, ohne gewärtigen zu müssen, daß der ganze Erdball in Flammen aufgeht.

Das gilt für Chruschtschows¹⁰ Pläne in Berlin, und es gilt auch für die Möchtegern-Invasoren auf der amerikanischen Rechten und ihre Kuba-Pläne.

Kennedy ist sich dieser großen Zusammenhänge bewußt - und auch jener Ohnmacht der Mächtigen, die sich dahinter verbirgt. Er weiß, daß sich die Welt verändert hat seit 1823. Vor Abgeordneten beider Parteien hat er darauf hingewiesen: Wie soll ein Amerika, das selber Truppen längs der gesamten Peripherie der kommunistischen Welt unterhält oder doch wenigstens ausrüstet und ausbildet, den Sowjets gleiches verbieten, wenn sie es in Kuba, 150 Kilometer von Florida entfernt, nachzutun versuchen? Und weshalb sollte er einen nuklearen Weltkrieg riskieren, solange die sowjetische Präsenz in Kuba zwar einen beträchtlichen *Ärgerniswert* hat, aber keinerlei *Angriffswert*?

Letzte Woche hat Kennedy seine Landsleute ermahnt, »die Nerven und den Kopf zu behalten«. Er ist sich im klaren darüber, daß sich die Amerikaner nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen dürfen. Könnte es nicht des Kremls Ziel sein, den Westen in ein neues »Suez-Dilemma«¹¹ zu stürzen? Damals, im Herbst 1956, konnten die Sowjets den ungarischen Aufstand¹² brutal niederschlagen, weil der Westen wegen der englisch-französischen Aggression gegen Ägypten moralisch schachmatt gesetzt war. Wenn sich die Amerikaner jetzt zu einer Invasion Kubas provozieren ließen, so rasonieren verantwortliche amerikanische Politiker, dann könnten die Sowjet; die Gelegenheit beim Schopfe ergreifen und Berlin in ihren Besitz bringen - im Vertrauen darauf, daß es mit Hilfe der UN möglich wäre, größere kriegerische Verwicklungen in Europa zu verhindern, wenn sich die USA durch einen Angriff gegen Kuba vor den Augen der Weltöffentlichkeit diskreditiert hätten.

Derlei Gedankengänge sind nicht müßige Spekulation. Deshalb darf Washington der kluge Vorsatz, sich nicht provozieren zu lassen, auch nichts als feiges *Appeasement*¹³ ausgelegt werden. Wie zuvor in Berlin, so hat Kennedy den Sowjets jetzt auch in Kuba eine Linie gezogen, die sie nur bei Strafe des eigenen Untergangs überschreiten dürfen. Amerika, so sagte er, habe sich daran gewöhnt, in vielen Teilen der Welt unter dem Schatten der Bedrohung zu leben; es werde nichts tun, was die Situation nicht erfordere, aber alles unternehmen, was die Situation gebiete. Den drei »essentials« für Berlin¹⁴ stellte er zugleich sechs »essentials« seiner Kuba-Politik gegenüber. Da-

2

⁸ Portugiesischer Name (Ilha formosa - ‚schöne Insel‘) für die Insel Taiwan, die seit 1949 den Hauptteil der Republik China bildet. Gleichzeitig wird Taiwan von der Volksrepublik China beansprucht, was sich im Taiwan-Konflikt niederschlägt.

⁹ Seit Ende der 50er Jahre steigerte sich die Tätigkeit kommunistischer und nationalistischer Widerstandsgruppen in dem mehr oder minder diktatorisch regierten, jedoch von den USA unterstützten Süden Vietnams, so dass ein offener Konflikt zwischen beiden Teilen Vietnams in der Luft lag.

¹⁰ **Nikita Sergejewitsch Chruschtschow** (1894-1971) war von 1953 bis 1964 Generalsekretär der KPdSU und zudem von 1958 bis 1964 als Vorsitzender des Ministerrats (Ministerpräsident) Regierungschef der Sowjetunion.

¹¹ Die **Suez-Krise** im Oktober 1956 war ein internationaler Konflikt zwischen Ägypten auf der einen Seite und Großbritannien, Frankreich und Israel auf der anderen Seite. Auslöser war die Verstaatlichung der mehrheitlich britisch-französischen Suezkanal-Gesellschaft durch den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser. Dieser wollte dadurch das formal souveräne Ägypten aus der britischen Einflusszone befreien. Um die Kontrolle über den Kanal zurückzuerlangen vereinbarten Großbritannien, Frankreich und Israel, dass letzteres Ägypten auf der Halbinsel Sinai und im Gazastreifen direkt angreifen sollte; dies geschah am 29. Oktober 1956. Am 5. November landeten britische und französische Fallschirmjäger im Rücken der ägyptischen Front und besetzten die von den alliierten Mächten beanspruchte Kanalzone. In einer diplomatischen Initiative wurden die Ägypter aufgefordert, ihre Streitkräfte auf das West-Ufer des Suez-Kanals zurückzuziehen und die Halbinsel Sinai vollständig zu räumen, nur so könne der Krieg mit Israel dauerhaft beendet werden. Man tarnte das eigene Vorgehen also als Friedensmission. Die Sowjetunion drohte Frankreich und Großbritannien daraufhin direkt »mit der Anwendung von Gewalt«; die USA leisteten ihren europäischen Verbündeten indessen keine Unterstützung. Im Gegenteil: US-Präsident Eisenhower stellte sich demonstrativ hinter die Friedensresolutionen der Vereinten Nationen, die ein Ende der Kampfhandlungen und den Rückzug aller fremden Truppen von ägyptischem Boden vorsahen. Frankreich und Großbritannien zogen ihre Streitkräfte bis zum 22. Dezember aus der Kanalzone ab; die israelische Armee zog sich bis zum März 1957 vom Sinai zurück.

¹² Der **Ungarische Volksaufstand** bezeichnet die bürgerlich-demokratische Revolution und den sich anschließenden Freiheitskampf vom Herbst 1956, in dem sich breite gesellschaftliche Kräfte gegen die Regierung der kommunistischen Partei und die in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen erhoben.

¹³ Der Begriff **Appeasement-Politik** (*Beschwichtigungspolitik*) bezeichnet eine Politik der Zugeständnisse, der Zurückhaltung, der Beschwichtigung und des Entgegenkommens gegenüber Aggressionen zur Vermeidung eines Krieges. Die Politik der britischen Regierung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland wird so bezeichnet. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat der Begriff eine ausschließlich negative Bedeutung. Er stellt ein politisches Schlagwort dar, mit dem eine Politik ständigen Nachgebens gegenüber Diktatoren, besonders gegenüber totalitären Staaten, bezeichnet wird.

¹⁴ Gemeint sind die von US-Präsident Kennedy im Juli 1961 öffentlich verkündeten Grundsätze im Hinblick auf den Status von West-Berlin: 1. Die Anwesenheit der West-Alliierten in Berlin bleibt unantastbar. 2. Die Sowjetunion hat den freien Zugang der West-Alliierten nach Berlin zu gewährleisten. 3. Der politische Status West-Berlins wird von den Westmächten garantiert; die Sowjetunion hat kein Recht, ihn infrage zu stellen.

5 nach würden die USA militärische Aktionen geben Castros¹⁵ karibische Insel ergreifen, wenn die Sicherheit des US-Stützpunktes *Guantanamo*¹⁶, die Passage durch den *Panama-Kanal* oder die Raketenversuchsstation *Cap Canaveral*, bedroht seien; außerdem wenn Menschenleben auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten gefährdet würden, Kuba mit Gewalt oder durch Androhung von Gewalt gegen einen amerikanischen Staat vorgehe oder aber zu einem »bedeutsamen offensiven Militärstützpunkt für die Sowjetunion« werde.

10 Damit hat der Präsident Amerikas lebenswichtige Interessen unmißverständlich abgegrenzt, Er beschränkt sich darauf, den Sowjets auf der westlichen Halbkugel eine machtpolitische Barriere entgegenzusetzen. Ihr ideologisches Eindringen nimmt er hin, weil er weiß, daß vorgeschobene ideologische Bastionen unter dem Schutz ferner Langstreckenraketen nicht mehr straflos gestürmt werden können. Und wer vermöchte mit Sicherheit zu sagen, daß er am Ende ein kommunistisches Schaufenseter in Lateinamerika, um dessen Auslage es so miserabel bestellt ist, als Abschreckung
15 gar nicht so ungern sähe?

Das große Spiel der internationalen Politik wird im Atomzeitalter auf einem einzigen Brett gespielt. Kennedy hat das eingesehen; daher das stille Begräbnis für die Monroe-Doktrin. Aber haben es auch die Europäer schon eingesehen, die eigentlichen Nutznießer dieses historischen Um-
20 schwungs? Manches läßt daran zweifeln. Nicht nur de Gaulles¹⁷ Bestreben, die Haltetaue wieder zu kappen, welche die Neue Welt mit der Alten Welt verbinden - dieser aberwitzige Versuch, die Vereinigten Staaten wieder in die Isolierung zurückzustoßen. Zu Zweifeln gibt auch das Unverständnis Anlaß, das viele Europäer gegenüber Washingtons lateinamerikanischen Sorgen an den Tag leben.

25 Wenn schon die Freiheit unteilbar ist, der Frieden und auch der Wohlstand - nun, dann hat Europa heute in der westlichen Hemisphäre einen nicht minder hohen Einsatz zu wagen als Amerika in Europa. Washington hat die egozentrische Monroe-Doktrin aus Rücksicht auf Europa preisgegeben; es ist großjährig geworden. Nun ist es an Europa, politische Reife zu zeigen und seinen kontinentalen Egoismus aufzugeben aus Rücksicht auf Amerika.

In: *Die Zeit*, Nr. 38 / 1962 (21. September)

*Wer nichts weiß,
muss alles glauben!*

Marie von Ebner-Eschenbach



HK 2019/20



Geschichte der USA
im 20. Jahrhundert

¹⁵ **Fidel Castro Ruz** (1926-2016), kubanischer Revolutionär, Politiker und Diktator. Er war Regierungschef und Staatspräsident Kubas sowie Vorsitzender der Kommunistischen Partei Kubas; 1959 hatten Castro und seine Anhänger das von den USA unterstützte Regime des Diktators Fulgencio Batista gestürzt. Nachdem Castros Revolutionsregierung den amerikanischen Besitz auf Kuba verstaatlicht hatte, verhängten die USA im Jahr darauf ein Wirtschaftsembargo über die karibische Insel. Castro sah sich infolgedessen dazu gezwungen, sich der Sowjetunion anzunähern.

¹⁶ Die **Guantanamo Bay Naval Base** ist ein Stützpunkt der US Navy auf Kuba. Er befindet sich auf vom kubanischen Staat verpachtetem Gebiet und liegt im Süden der Guantánamo-Bucht, etwa 15 Kilometer südlich der Stadt Guantánamo. Die kubanische Regierung betrachtet den Pachtvertrag von 1903, der 1934 unbefristet verlängert wurde, als ungültig.

¹⁷ **Charles de Gaulle** (1890-1970), französischer General und Staatsmann. Im Zweiten Weltkrieg führte er den Widerstand des *Freien Frankreichs* gegen die deutsche Besatzung an. Danach war er von 1944 bis 1946 Präsident der Provisorischen Regierung. Im Zuge des Algerienkriegs wurde er 1958 mit der Bildung einer Regierung als Ministerpräsident beauftragt und setzte eine Verfassungsreform durch, mit der die *Fünfte Republik* begründet wurde, deren Präsident er von Januar 1959 bis April 1969 war. De Gaulle plädierte für eine größere Selbstständigkeit der westeuropäischen Länder gegenüber den USA und führte Frankreich (1959) aus der politischen Integration der NATO. In diesem Sinne wirkte de Gaulles auch konsequent auf die atomare Bewaffnung Frankreichs hin.